

Substanzielles Protokoll 37. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. Januar 2019, 21.00 Uhr bis 23.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Urs Fehr (SVP), Elena Marti (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Alan David Sangines (SP), Thomas Schwendener (SVP), Andri Silberschmidt (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|-----------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 12. | <u>2018/392</u> | Dringliche Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:
Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation | VGU |
| 13. | <u>2018/413</u> | E/T Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:
Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung | VGU |
| 14. | <u>2018/449</u> | E/T Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018:
Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin zum Wohnen zu Hause | VGU |
| 15. | <u>2018/453</u> | E/T Postulat von Corina Gredig (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 21.11.2018:
Generationendurchmischter Wohnraum als Standard bei städtischen Bauprojekten im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie | VGU |

- | | | | | |
|-----|-----------------|-----|--|-----|
| 16. | <u>2018/299</u> | E/T | Postulat von Susanne Brunner (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 22.08.2018:
Vermeidung von gesundheitlichen Risiken in den Alterszentren und Pflegeeinrichtungen aufgrund hoher Temperaturen während den Sommermonaten | VGU |
| 17. | <u>2018/384</u> | E/A | Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen | VGU |
| 18. | <u>2018/387</u> | E/A | Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung eines Lehrstellenverbunds im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung | VGU |
| 19. | <u>2018/388</u> | E/A | Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren | VGU |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 36, Beschluss-Nr. 860/2019)

- 860. 2018/392**
Dringliche Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:
Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation

Weitere Wortmeldungen:

Dr. David García Nuñez (AL): Die AL-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat wichtige Themen adressiert. Die Integration von ambulanten und stationären Dienstleistungen sowie der einzelnen Anbieter im Alters- und Pflegesektor müssen Grundbausteine der zukünftigen Altersstrategie sein. Ebenso denkt der Vorstoss über die Grenze des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements (GUD) hinaus und benennt entscheidende Felder wie das des Wohnens und das der Finanzierung der Pflegeleistungen. Wir sind

ebenfalls der Meinung, dass wir die Sicherung und den Ausbau der Spitex-Dienstleistungen thematisieren müssen, denn auch die Menschen mit wenig Einkommen haben das Recht, zuhause altern zu dürfen. Interessant ist auch die Forderung nach der Entschädigung der Care-Arbeit. Es darf nicht vergessen werden, dass diese Arbeit hauptsächlich von Frauen geleistet wird und dass das eine doppelte Diskriminierung darstellt. Für die Zeit, in der sie ihre Angehörigen pflegen, werden sie nicht entlohnt und können sich somit keine Einzahlungen für die AHV oder für die zweite Säule leisten. Gleichzeitig sehen wir aber ähnliche Kritikpunkte wie Joe A. Manser (SP). Selbstverständlich stossen wir uns an der neoliberalen Sprache. Ausserdem sind wir nicht vollständig optimistisch bezüglich des Effekts der vollständig dezentralisierten Angebote. Wir sind der Meinung, dass solche Angebote Teil der Quartiere sein sollten, damit die Alterszentren ihren Namen verdienen können. Ein Minimum an Koordination, wie beispielsweise in der Fachstelle Wohnen im Alter, wird aber trotzdem nötig sein. Darum unterstützen wir den Textänderungsvorschlag der SP. Jetzt bereits eine Verschlinkung zu thematisieren, lehnen wir mit dem Textänderungsvorschlag der SVP ab.

Christine Seidler (SP): Die Altersstrategie betrifft nicht nur die Stadt Zürich, sie ist auch eine Frage von globalen Trends. Ihnen entlang, mit Berücksichtigung der Urbanisierung und des Stadtwachstums, müssen wir die Altersstrategie entwickeln und den Bedarf an funktionalen Räumen berücksichtigen. Mit den Fragestellungen zur Dezentralisierung gehen die beiden Vorstösse in diese Richtung. Der demografische Wandel ist ein wichtiger Aspekt. Als ich ein Kind war, entsprach die Bevölkerungspyramide einem Tannenbaum, in meiner Pubertät stand der Tannenbaum auf dem Kopf und jetzt entsteht die Form einer Sanduhr. Es wird sehr viele Kinder geben, während die Mitte der Bevölkerungspyramide, die alles trägt, sehr schmal wird. Darum ist von «Downaging» und von vier oder fünf Lebensaltern die Sprache, nicht mehr von drei Generationen. Migration und die «volatilen» Alten generieren neue Bedürfnisse: neue Lebensstile, Infrastrukturen und Raumbedürfnisse. Wir schreiten auf die 10-Millionen-Schweiz zu; nach dem Bundesamt für Statistik wird diese im Jahr 2035 zur Realität. Darum müssen wir organisieren und umdenken. Die Welt ist keine Scheibe und sie ist nicht schwarz-weiss. Das Leben ist farbig und im Sinne der heutigen Debatte durchaus positiv gemeint auch grau. Wir leben in einer Gesellschaft, in der bis jetzt der dreissigste Geburtstag einer Tragödie entsprach, Jugendliche als Ideal und Alte und Alter als Schimpfwort gelten – dieses relativ gestörte Verhältnis zu alten Menschen muss sich wandeln und der Denkhorizont als Problemhaltung zur alternden Gesellschaft überwunden werden. Der Fokus von uns als Politikerinnen und Politiker, von Medien und von der Wirtschaft muss darin liegen, dass wir die individuellen und sozialen Veränderungen kompensieren, verhindern und abmildern müssen. Wir sind völlig blind für die Chance und das Potenzial des demographischen Wandels, der für die Gestaltung von neuen Lebenswelten, für eine ältere Gesellschaft aber auch für uns als gesamte Gesellschaft wertvoll sein kann. Susanne Brunner (SVP) sprach von Menschen in altersbetreuenden Institutionen, die nicht auf eine Betreuung angewiesen sind. Demenz nimmt aber zu und diese Menschen sind durchaus fähig, sich selbst zu pflegen. Kognitiv sind sie aber auf dem Niveau eines ein- oder zweijährigen Kinds. Diese dürfen nicht in ihre Wohnungen zurückgeschickt werden, wo sie verwahrlosen würden. Mit unserem Textänderungsvorschlag freue ich mich über die beiden Vorstösse und hoffe auf die Unterstützung dieser zentralen und ausgewogenen Forderungen.

Natalie Eberle (AL): Ich nehme Bezug auf die Interpellation GR Nr. 2018/392. Wir halten die Bündelung von Leistungen im Sozialraum für eine gute Stossrichtung, wollen aber betonen, dass mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Richtplan neue Zentren eingezeichnet wurden. Wir hoffen, dass die Bündelungen in diesen neu definierten Zentren umgesetzt werden. Das Bedürfnis nach einer Zusammenfassung von Dienstleistungen und zentralen Informationszentren herrscht in der gesamten Gesellschaft, nicht nur

unter alten Menschen. Darum bitten wir den Stadtrat, dass mit der Strategie das Zusammenarbeiten tatsächlich eintreffen wird und dass zentrale Informationszentren auch mit dem Sozialdepartement wie auch mit dem Hochbaudepartement gedacht werden.

Susanne Brunner (SVP): *Als Textänderung wollen wir den gesamten Punkt fünf, der sich im Postulat der Finanzierung widmet, streichen. Denn dieser fordert die Stadt auf, dass sie für die Anpassungen von altersgerechten Wohnungen und für die Betreuung aufkommt. Das kann aber kein Auftrag der Stadt sein. Dass die Finanzierung im Zuge von vermehrt ambulanter statt stationärer Versorgung betrachtet wird, ist richtig – aber nicht mit diesem Auftrag. Vielmehr müsste dem Stadtrat der Auftrag erteilt werden, die Altersstrategie auch nach wirtschaftlichen Kriterien auszugestalten und eine Altersstrategie vorzulegen, die die Eigenverantwortung der Betroffenen fordert.*

Marion Schmid (SP): *Das Postulat 2018/413 ist wichtig und mit unserer Textänderung wird es besser. Mit vermehrt ambulanter Versorgung muss diese auch mehr zu den Leuten in die Sozialräume hinaus verlagert werden. Ich glaube aber auch, dass es sehr wichtig ist, dass es nicht zu einer Verzettlung kommt. In unserer grossen Stadt bietet sich die Chance der sehr spezialisierten Angebote. Das fordert auch das Pflegemodell des Verbands Curaviva explizit. Es handelt sich um einen Trend, der in Zukunft zunehmen wird, sei es die spezialisierte Pflege von Krankheiten wie Demenz, die Palliative-Care oder die Gerontopsychiatrie. Das sind Angebote, bei denen es wenig Sinn macht, wenn sie in jedem Quartier separat offeriert werden. Synergien sollen gebündelt und zentrale Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Wie das nun mit unserer Textänderung vorgesehen ist, werden die Angebote aufeinander abgestimmt. Der Textänderungsvorschlag der SVP wird hoffentlich nicht angenommen; das offene Votum benennt die sogenannte Überkapazität und besagt, dass die Menschen, die nicht pflegebedürftig sind, nicht in einem Alterszentrum leben sollten. Diese Meinung teilen wir nicht. Es gibt verschiedene Gründe, in einem Alterszentrum zu leben. Das sollte nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden. Falls diese Textänderung angenommen würde, müssten wir das Postulat ablehnen. Denn wir wollen, dass die Menschen weniger in stationären Einrichtungen und häufiger zuhause leben können. Es soll explizit die Aufgabe der Stadt sein, dafür die Rahmenbedingungen mit einer guten, vernetzten Beratung, mit Dienstleistungen und auch mit dem Gewährleisten der Finanzierung dieser Dienstleistungen sicherzustellen.*

Corina Gredig (GLP): *Die GLP unterstützt die Vorstösse. Die Stossrichtung ist in unserem Sinn; die Wohnortnähe und Dienstleistungen aus einer Hand sind zentrale Punkte, um das Wohnen zuhause zu vereinfachen. Eine Anlaufstelle sollte die wichtigen Informationen zu den Themen Wohnen, Familie, Gesundheit und Pflege anbieten können, damit das Wohnen zuhause erleichtert wird. Uns ist die Zusammenarbeit zwischen Stadt und privat-gemeinnützigen Einrichtungen wichtig, damit Doppelspurigkeiten abgebaut werden können. Die oberste Prämisse einer Altersstrategie sollte eine optimale, bedürfnisgerechte Lebensqualität und die Versorgung für ältere Menschen zum Ziel haben. In diesem Sinne begrüssen wir den Textänderungsantrag der SP und lehnen den der SVP ab.*

Raphael Kobler (FDP): *Mit vielleicht der Ausnahme der SVP herrscht die Einigkeit, dass die jetzigen Strukturen in der städtischen Altersversorgung überkommen und zu überdenken sind. Meines Erachtens müssen in diesem Zusammenhang vor allem die strikte Trennung der Wohn- und Betreuungsformen, die mit zahlreichen Nachteilen verbunden ist, aber auch der verschwindende Quartiercharakter der verschiedenen Einrichtungen erwähnt werden. So freut es mich sehr, dass wir uns im Licht des heutigen Abends auf einem guten Weg befinden und die Weichen für ein zeit- und vor allem bedürfnisgerechtes Altersangebot stellen. Dies kann mit Alterszentren geschehen, die nicht nur so heissen, sondern diesen Namen verdienen, indem wir Innovationen zulassen oder zumindest*

attraktive, neue Lösungen prüfen. Dazu gehört auch die Finanzierung. Damit verfolgen wir eine Alterspolitik, die den Vorstellungen und Wünschen der betagten Bevölkerung gerecht werden will.

Elisabeth Schoch (FDP): *Ich komme auf die Dezentralisierung der Alterszentren und der Angebote zurück. Im Rahmen der von mir veranlassten Aktion «Weihnachtsgrüsse aus dem Wald» besuchten wir mit einem Hund, einer Katze, einem Pferd, einem Truthahn und einem Esel diverse Alterszentren der Stadt. Das war ein wahrer Hit. Man kann sich nicht vorstellen, was ein Truthahn auch bei dementen Menschen auslösen kann. Bei diesen Besuchen fanden wir das Gespräch mit den verschiedenen Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern. Wir stellten fest, dass einige sehr ängstlich sind; sie haben Angst, ein Gratisangebot anzunehmen, weil das zu einer Schelte von oben führen könnte. Das Alterszentrum Klus Park war besonders beeindruckend, weil es vorzeigt, in welche Richtung die neue Altersstrategie gehen soll. Es arbeitet mit dem Quartierverein zusammen, bietet Programme an, die über Sponsoren finanziert werden, es versucht, mit den älteren Menschen die jüngeren im Quartier anzusprechen und es bietet viele verschiedene Aktivitäten an, die auf das Gebiet am Zürichberg angepasst sind. Ein solch dezentrales Engagement sollten wir nicht nur ermöglichen, sondern auch kommunizieren, um anderen Zentren diese Möglichkeiten als Beispiel zu präsentieren. Das in der Interpellation erwähnte Zentrum in Horgen wurde nett eingerichtet; es hat ein Café und die behördlichen Angebote sind ausgestellt. Für mich ist es eher steril eingerichtet. Ich wünsche mir, dass wir auf etwas Emotionalem aufbauen, so wie das bereits im Alterszentrum Klus Park der Fall ist. Die Angebote von Privaten und Öffentlichen sollen ausserdem nicht gewichtet angeboten werden. Das Alterszentrum Klus Park dient als Beispiel dafür, wie die Altersstrategie in Zukunft aussehen kann. Wir sollten nicht alles zentral organisieren, sondern dezentral auf der Quartierebene das ermöglichen, was sich die betroffenen Menschen wünschen.*

Ernst Danner (EVP): *Den Textänderungsantrag der SP nehmen wir gerne an. Er entspricht im Wesentlichen unseren Grundintentionen: Man sollte solange, wie es möglich ist, in den eigenen vier Wänden bleiben können – wenn man sich das wünscht, nicht, wenn man keinen Platz in einer Alterswohnung findet. Die Dezentralisierung ist sinnvoll. Uns ist bewusst, dass nicht alles dezentralisiert werden kann; gewisse zentrale Strukturen sind notwendig. Allerdings sind wir der Meinung, dass mehr dezentralisiert und in den Quartieren koordiniert werden sollte. Die Verschlankung der Zentrale hätte ich zwar gerne im Postulat behalten, aber Optimierung bedeutet, die bestmögliche Lösung zu finden. Zu gewissen Verlagerungen wird es deshalb wahrscheinlich kommen müssen. Bezüglich der Fachstelle Wohnen im Alter können wir damit leben, dass eine zentrale Stelle besteht. Sie muss aber mit den dezentralen Stellen zusammenarbeiten. Mit dem Textänderungsvorschlag der SVP habe ich Mühe. Dass eine Finanzierung gefunden werden sollte, die tragbar ist, schätzen wir für selbstverständlich ein. Auch eine Pionierrolle bei der Finanzierung von Betreuungsaufgaben kann unter Umständen zu einem finanziellen Vorteil führen. Viele Menschen sind bereits im Pensionsalter und müssen ihre hochbetagten Eltern pflegen. Die 65-Jährigen pflegen die 90- und 95-Jährigen. Diese Situation ist neu, früher gab es das nicht. Darum kann es durchaus kostengünstiger sein, wenn die öffentliche Hand hierbei unterstützt, anstatt dass man teure Plätze mit Fremdbetreuung zur Verfügung stellt. Darum wollen wir am fünften Punkt festhalten und lehnen die Textänderung der SVP ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Bei dieser Interpellation und bei diesem Postulat geht es primär*

darum, wie unsere alten Menschen zu ihren Leistungen und Beratungsleistungen kommen sollen und wie sie die Angebote am besten nutzen können. Der in der Interpellation formulierte Gedanke des One-Stop-Shops ist ein Konzept, das grundsätzlich kundenfreundlich ist. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass wir im Rahmen der Altersstrategie zuerst überprüfen, welche Leistungen in Zukunft gefragt sind und wie das Ganze organisiert werden soll. Gewisse Angebote können durchaus dezentral aufgelegt werden. Trotzdem müssen gewisse zentrale Anlaufstellen weiterhin bestehen. Das zweite Thema ist die Frage, was ein Alters- und Pflegezentrum zu einem Zentrum macht. Das werden wir im Rahmen der Altersstrategie intensiv prüfen. Die Bedürfnisse sind ziemlich eindeutig. Die Durchlässigkeit muss teilweise so optimiert werden, dass bestimmte Zentren bestehen, die verschiedene Angebotsleistungen beinhalten; kombiniert mit Alterszentrumsleistungen, mit Pflegebetten, mit Alterswohnungen, aber auch mit Beratungsbüros für die Spitex und andere Altersfragestellungen. Es sollen aber nicht nur Alterszentren entstehen, wir müssen auch für eine Durchmischung sorgen. So können beispielsweise auch Wohnungen entstehen, in denen junge Menschen leben und Unterstützung in ihrer Freizeit für einen günstigeren Mietzins anbieten. Es braucht verschiedene Modelle und Varianten, die wir ausarbeiten müssen, damit die erforderlichen Zentren entstehen können.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

876. 2018/413

Postulat von Ernst Danner (EVP), Raphael Kobler (FDP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:

Erarbeitung einer Altersstrategie unter Berücksichtigung von Zielen in den Bereichen integrierter Dienstleistungen, Verbesserung von Synergien, dezentralen Angeboten, Anlaufstellen und der Finanzierung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/15, Beschluss-Nr. 857/2019.

Ernst Danner (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 514/2018).

Marcel Bührig (Grüne) zieht den namens der Grüne-Fraktion am 14. November 2018 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Joe A. Manser (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die vom Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements geplante Revision der Altersstrategie unter Berücksichtigung der folgenden Ziele ausgestaltet werden kann:

- Die Altersstrategie umfasst ein Konzept für integrierte Dienstleistungen in den Bereichen soziale Einbindung, Wohnen, Betreuung und Pflege im Alter.
- Die Altersangebote von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbietern werden so aufeinander abgestimmt, dass die grösstmögliche Selbstständigkeit im Alter bzw. soweit möglich und von den Betroffenen erwünscht, der Verbleib in der bisherigen Umgebung gewährleistet ist. Dabei sollen Synergien zwischen ambulanten und stationären Angeboten gezielt verbessert werden.
- Die städtischen Dienstleistungen werden soweit sinnvoll dezentral in den Stadtkreisen bzw. Stadtgebieten angeboten. Die dezentralen Alterszentren vereinen alle Aspekte von Wohnen, Betreuung und Pflege und sind baulich, organisatorisch und personell in die örtlichen Strukturen eingebunden. Die ~~bestehenden~~ zentralen und dezentralen Organisations- und Führungsstrukturen werden verschlankt und vereinfacht aufeinander abgestimmt und optimiert.
- ~~Dezentrale Anlaufstellen sind für die Altersfragen aller Interessierten („Stakeholder“) zuständig (Angehörige, ältere Menschen, Spitex, Heime, Spitäler und Ärzte). Sie koordinieren und vermitteln zusammen~~

mit der Fachstelle «Wohnen im Alter» die Wohn-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbieter und unterstützen die Betroffenen. ~~Die Fachstelle «Wohnen im Alter» wird in diese Anlaufstellen integriert.~~

- Die Finanzierung der Dienstleistungen wird - in Ergänzung zu den bundes- und kantonrechtlichen Regelungen - so ausgestaltet, dass im Alter für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt jene Lösungen möglich sind, die den persönlichen Bedürfnissen entsprechen und die grösstmögliche Eigenständigkeit fördern. Dabei übernimmt die Stadt eine Vorreiterrolle für die Entschädigung von Betreuungsaufgaben für Angehörige und von altersgerechten Anpassungen der Wohnung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Ernst Danner (EVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

877. 2018/449

**Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018:
Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang
mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin
zum Wohnen zu Hause**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marion Schmid (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 598/2018): Wir werden den Verdacht nicht los, dass es bei den verschiedenen Vorstössen zwar darum geht, dass alle nach ihren Bedürfnissen leben können, aber dass es auch darum geht, dass es schliesslich zu Einsparungen kommen sollte, wenn mehr Menschen zuhause leben und ambulant versorgt werden. Kosten werden immer gerne gespart, obwohl unser System der Langzeitpflege akut unterfinanziert ist. Diesbezüglich haben wir einige Zweifel und offene Fragen, weshalb wir dieses Postulat einreichten. Es ist uns ein Anliegen, genau hin zu schauen und Fakten für die zukünftige Situation zu schaffen. Die Fachleute sind sich nicht einig, ob das Leben zuhause günstiger ist. Bei einer leichten Pflegebedürftigkeit und einem geringen Betreuungsaufwand ist das der Fall, aber ab einem gewissen Punkt ist das nicht mehr der Fall. Das muss genau ermittelt werden. Nun der zweite, noch wichtigere Punkt: Nichts spricht dagegen, dass möglichst viele Menschen zuhause leben. Die meisten wollen das. Das hat aber eine sehr grosse Auswirkung auf die Finanzierung; nicht nur bezüglich der Höhe der Kosten, sondern auch auf die Kostenträger. Es muss beantwortet werden, wer genau was bezahlt, was die öffentliche Hand und wer innerhalb von ihr bezahlt und was die Leistungsbezüger oder deren Angehörigen – in Form von Geld oder Pflegeleistung – bezahlen. Das Finanzierungssystem ist so aufgebaut, dass in einer stationären Einrichtung das Rundum-sorglos-Paket vorhanden ist. Diesen Zustand im heutigen Finanzierungsmodell begrüssen wir nicht, wir finden uns aber damit ab. Als Stadt müssen wir ermitteln, wie wir gleiche Spiesse für beide Versorgungssysteme schaffen können. Dafür werden genaue Angaben und Daten benötigt. Daher fordern wir, dass dies im Detail erhoben und ausgewiesen wird und die Auswirkungen aufgezeigt werden. So wird unser Verständnis der Materie gesichert, wir können die Situation in Zukunft beobachten und gegebenenfalls entgegensteuern. Es darf nicht sein, dass die Neuausrichtung der Altersstrategie mit ihren*

hehren Zielen auf Kosten der betroffenen Menschen, der Angehörigen oder der Pflegenden mit sehr unklaren Arbeitsverhältnissen erfolgt. Auch dass die Neuausrichtung mit einem Leistungsabbau verbunden wird, wollen wir vermeiden. Mit dem Postulat schaffen wir Klarheit über die Finanzierungsströme.

Corina Ursprung (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag: Auch wir sehen die Gefahr, dass es durch den Ansatz «ambulant vor stationär» zu einer Verlagerung kommen wird und dass mehr ambulante Hilfestellungen benötigt werden. Wir gehen davon aus, dass dadurch mehr Kosten entstehen. In erster Linie geht es uns nicht um das Kostensparen; wir wollen wissen, was es an stationären Plätzen braucht und falls diese Anzahl geringer wird, können die eingesparten Mittel dort investiert werden, wo es sinnvoll und notwendig ist. Darum beantragen wir eine Textänderung, die verdeutlichen soll, wo mehr und wo weniger Geld ausgegeben wird. So werden wir zusätzlich erfahren, wie viele stationäre Plätze abgebaut werden konnten und welcher Minderaufwand entsteht. Das zeigt uns, wo Mittel frei werden, die sinnvoller beispielsweise für gewisse Services investiert werden können.

Weitere Wortmeldungen:

Susanne Brunner (SVP): Die Aussagen der SP sind befremdlich. Natürlich wollen wir Kosten einsparen. Ein Drittel der Menschen in den Pflegeinstitutionen sind dort stationär untergebracht, obwohl sie nicht dorthin gehören. Das führt zu erhöhten Kosten. Die Altersstrategie soll punktgenau auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen. Jemand, der nicht pflegebedürftig ist, sollte nicht in einem Altersheim wohnen – das geht an den Bedürfnissen vorbei – sondern in einer Alterswohnung. Mit einer Betreuung zuhause durch die Spitex wird im Vergleich zu einem Platz in einem Altersheim insgesamt Geld eingespart. Wir unterstützen das Postulat, damit die Zahlen genau präsentiert werden. Damit kann ein Fehler verhindert werden, wie das bei den Spitälern geschah, wo die ambulanten und stationären Behandlungen nicht gleich finanziert werden. Wenn die SP Angst davor hat, Kosten einzusparen, kann ich sie beruhigen; es wird zu einer Volumenausdehnung kommen, weil immer mehr Menschen immer älter werden und auf eine Betreuung angewiesen sind. Wir müssen schliesslich ermitteln, wie diese Betreuung aussehen soll. Vermutlich wird es zu mehr Spitexeinsätzen und weniger Leistungen in den Alters- und Pflegezentren kommen. Die Volumenausdehnung wird insgesamt zur Kostensteigerung führen. Ich möchte die Aussage von Raphael Kobler (FDP) korrigieren: Natürlich begrüssen wir die Altersstrategie, dass die Bedürfnisse abgeklärt werden und dass schliesslich das Angebot an die veränderten Bedürfnisse angepasst wird. Wir begrüssen auch die sehr gute Textänderung der FDP, mit der wir das Postulat als Ganzes unterstützen.

Guy Krayenbühl (GLP): Wenn wir älter werden, wollen wir so lange wie möglich zuhause leben. Das bedeutet, dass wir eventuell auf ambulante Pflege angewiesen sein werden. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass es immer Institutionen wie Alters- und Pflegezentren brauchen wird, da es viele individuelle Fälle gibt, die das verlangen. Gleichzeitig dürfen die Wohnungen aber nicht zu Pflegezentren werden. Darum unterstützen wir das Postulat und begrüssen einen solchen Bericht. So wird eine Stufe der Pflegebedürftigkeit ermittelbar, auf der die Pflege nicht mehr zuhause erfolgen sollte. Die Textänderung der FDP führt zu einem umfassenderen Bild. Wir hoffen auf die Überweisung des Postulats und sind auf den Bericht gespannt.

Monika Bättschmann (Grüne): Das offenbar präferierte Leben in der Privatwohnung bedeutet bei zunehmender Pflegebedürftigkeit steigende und durch die Krankenkasse ungedeckte Kosten. Die Kosten übersteigen ab einem gewissen Punkt die Kosten des Lebens in einer Institution. Wir begrüssen, dass mit dem geforderten Bericht darüber

Klarheit geschaffen wird. Darum unterstützen wir das Postulat. Dazu möchte ich aber bemerken, dass auf der anderen Ratsseite stets betont wird, dass in den Alterszentren Menschen leben, die nicht dorthin gehören. Dabei unterschätzt sie etwas: In den Alterszentren leben auch viele demente Menschen und solche mit einer beginnenden Demenz, die nicht auf Pflege im engeren Sinne angewiesen sind und deshalb nicht im BESA-System erscheinen. Sie sind jedoch auf eine Tagesstruktur angewiesen. Dass demente Menschen ohne eine Tagesstruktur zuhause vor sich hinleben, ist nicht zumutbar. Diese Menschen sind auf unsere Fürsorge angewiesen.

Marion Schmid (SP): *Bezüglich der Aussage von Susanne Brunner (SVP), dass dreissig Prozent der in Altersheimen lebenden Menschen nicht dorthin gehören, muss ich die Frage stellen, was uns qualifiziert, zu bestimmen, wer tatsächlich in ein Alterszentrum gehört und wer nicht. Für ein Leben im Alterszentrum gibt es mannigfaltige Gründe. Wenn verlangt wird, dass die Bedürfnisse der einzelnen Menschen berücksichtigt werden müssen, dann darf es auch ein Bedürfnis sein, in einem Alterszentrum leben zu wollen. Die Textänderung der FDP begrüsse ich sehr. Den vorgeschlagenen Teil von Corina Ursprung (FDP) dachte ich bereits mit; Plätze können abgebaut und damit Kosten eingespart werden. Davor haben wir von der SP selbstverständlich keine Angst. Auf der anderen Seite wird es aber auch zu Mehrkosten kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ich freue mich über diesen im Rahmen der Altersstrategie wichtigen Vorstoss, der den finanziellen Aspekt beleuchtet. Wir wollen, dass alle alten Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dieser Leitgedanke kostet Geld und die Frage der Finanzierbarkeit ist ein wichtiger Punkt in der neuen Altersstrategie. Auch muss abgeklärt werden, ab welchem Zeitpunkt es finanziell preiswerter ist, in einem stationären Heim anstatt zuhause zu leben. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass es ab der mittleren Pflegestufe günstiger ist, wenn jemand stationär gepflegt und betreut wird. Das ist aber noch genau zu prüfen. Momentan besteht ein systemisches Problem: In einem Zentrum wird der Ergänzungsleistungsanspruch angerechnet. Wenn jemand aber zuhause lebt und Ergänzungsleistungen bezieht, ist das nicht der Fall. Darum besteht aus finanzieller Sicht der systemische Anreiz, dass die Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, früher in ein Alterszentrum ziehen, weil das weniger Kosten bedeutet. Diesen Aspekt werden wir genauer untersuchen. Er hat aber grundsätzlich nichts damit zu tun, welche Menschen in den Alterszentren leben sollen und welche nicht. Der systemische Fehler muss behoben werden, was aber nicht in der Kompetenz der Stadt liegt.*

Marion Schmid (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat zusammen mit der Überarbeitung der Altersstrategie einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die angekündigte Verlagerung (vom stationären Bereich hin zu vom Leben zu Hause unterstützt mit Spitex-Leistungen) auf die Finanzierung der Unterstützung (Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft und Ähnliches) auswirkt. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen sowohl aus der Perspektive der Leistungsbezüger*innen als auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand und der Versicherungen als Kostenträger zu beleuchten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie gross wird der Anteil der älteren Bevölkerung geschätzt, die bei einem Ausbau der ambulanten Versorgung zusätzlich zu Hause leben könnte? Wie viele stationäre Plätze könnten aufgrund reduzierter Nachfrage abgebaut werden? und w~~Welcher Mehraufwand~~Welcher Mehraufwand würde dies bei den Spitex-Leistungen und anderen Dienstleistungen ergeben? Welchen Minderaufwand im stationären Bereich.

- Welche zusätzlichen Anforderungen stellt eine solche Verlagerung an spezifische Angebote (z.B. geriatrische Rehabilitation, Akut- und Übergangspflege, ambulante psychiatrische Betreuung ...) und wie kann deren Finanzierung für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die einzelnen Kostenträger (Leistungsbezüger*innen, öffentlichen Hand, Versicherungen)?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die Stadtkasse, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zusatz- und Ergänzungsleistungen?
- Wie wird gewährleistet, dass diese Verlagerung nicht zu Lasten der Angehörigen (durch Pflege und Betreuungsaufgaben sowie finanzielle Unterstützung) oder der Leistungsbezüger*innen geht?
- Wie wird gewährleistet, dass alle Bevölkerungsschichten die notwendige Unterstützung zu Hause finanzieren können und nicht aus finanziellen Gründen von Leistungen ausgeschlossen bleiben oder gegen ihren Willen in eine Langzeitinstitution eintreten müssen?

Das geänderte Postulat wird mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

878. 2018/453

Postulat von Corina Gredig (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 21.11.2018: Generationendurchmischter Wohnraum als Standard bei städtischen Bauprojekten im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Corina Gredig (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 602/2018): *Die soziale Einbindung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind auch im hohen Alter wichtige Eckpfeiler für eine hohe Lebensqualität. Nicht nur ältere Menschen profitieren von diesem Austausch. Das Generationenverhältnis verändert sich zurzeit massiv. Für das Verständnis der Bedürfnisse der anderen Generationen ist es wichtig, dass nicht nur aneinander vorbeigelebt wird. Ältere Menschen sollten darum ins städtische Leben integriert werden. Mit generationendurchmischem Wohnraum wird einerseits die Möglichkeit zur Teilhabe am Leben in der Stadt geschaffen, andererseits bedeutet er die Grundlage für gelebte Nachbarschaftshilfe. Mit diesem Postulat fordern wir den Stadtrat auf, zu prüfen, wie bei städtischen Bauprojekten generationendurchmischter Wohnraum zum Standard werden kann. Das können beispielsweise hindernisfreie Wohnungen in Mehrgenerationenhäusern mit individuell kombinierbarem Service- und Pflegedienst, Clusterwohnungen oder Alterswohngemeinschaften sein.*

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag: *Autonomie im Alter und dass man so lange zuhause leben kann, wie man das will sind oft genannte und wichtige Aspekte. Die Realität für viele ältere Menschen ist aber, dass sie nicht so lange, wie sie wollen, in den eigenen vier Wänden bleiben können – sie werden auf die Strasse gestellt. Diese Realität wurde in der heutigen Debatte mehrheitlich ausgeblendet. Vielen älteren Menschen wird die Wohnung gekündigt und sie erhalten keine Chance, eine neue Wohnung zu finden. Ihnen wird sogar gesagt, dass sie keine Anmeldung ausfüllen müssen, da nicht an ältere Menschen vermietet wird. Aktuelle Beispiele dafür sind Mieterinnen und Mieter im Brunaupark oder die der Dr.-Stephan-à-Porta-Stiftung. Das ist eine weit verbreitete Realität und Alltag für ältere Menschen in der Stadt, die im Rahmen der Verdichtungsstrategie auf die Strasse gestellt werden, ihre Autonomie verlieren und keine Chance auf eine Wohnsicherheit haben. Das Postulat der Grünliberalen nimmt sich am Rande diesem Thema an. Wir wollen dem mehr Biss verleihen und das Postulat ausdehnen. Denn es*

sollte nicht darum gehen, dass bei städtischen Bauprojekten in der Umsetzung der Altersstrategie generationendurchmischter Wohnraum zum Standard gemacht wird. Es geht darum, dass bei jedem städtischen Bauprojekt mehr zahlbarer Wohnraum für ältere Menschen geschaffen werden muss. Das ist der grösste Beitrag zur Autonomie älterer Menschen und auch der grösste Beitrag, um sparen zu können. Die Menschen müssen dann nicht frühzeitig in Institutionen wechseln, die viel teurer sind und weniger Autonomie und Selbstbestimmung bedeuten. Das Ziel des Postulats muss sein, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen für Seniorinnen und Senioren deutlich erhöht wird. Das formulierten wir als zweite Textänderung. Ältere Menschen verlieren ihre Wohnung und damit ihre Autonomie. Es ist ein Skandal, dass seit zehn Jahren im wohnpolitischen Diskurs die Anzahl der Wohnungen der Stiftung Alterswohnungen stabil bei 2000 stehenbleibt. Der Fetisch, dass Familienwohnungen gebaut werden müssen, treibt die Wohnpolitik der Stadt. Die Bedürfnisse der Menschen, die ihre Wohnung verlieren und keine neue mehr finden, müssen aber berücksichtigt werden. Heute wurde demonstriert, dass die Menschen, die keine zahlbare Wohnung mehr finden können, ignoriert werden. Als ersten Schritt braucht es ein Umdenken im Stadtrat, um die Autonomie im Alter wieder besser gewährleisten zu können. Als zweiten Schritt braucht es einen Plan in der nächsten Raumplanung: Deutliche Zielsetzungen müssen formuliert werden, damit die Anzahl der Wohnungen für ältere Menschen endlich erhöht wird. Ich hoffe, dass unser Textänderungsantrag als kleiner Weckruf dient, damit endlich Taten folgen.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Umsetzung der Altersstrategie dafür gesorgt werden kann, dass in Zukunft bei städtischen Bauprojekten und der Vergabe von Baurechten generationendurchmischter Wohnraum zum Standard wird. Ziel der Massnahme ist es, den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen für Senior_innen deutlich zu erhöhen.

Weitere Wortmeldungen:

Susanne Brunner (SVP): Wir wollten das Postulat unterstützen, weil wir das generationendurchmischte Wohnen im Grundsatz begrüssen. Wir kritisieren aber, dass das als Auftrag des Stadtrats verstanden wird, dass es zum Standard werden soll und dass keine Alterswohnungen mehr gebaut werden dürfen, die nicht generationendurchmischt sind. Denn nicht alle älteren Menschen wollen generationendurchmischt wohnen. Es sind die «Golden-Agers», die aktive Generation, die sich weder betagt noch hilfsbedürftig fühlt, von denen es Menschen gibt, die mit Kindergeschrei und Kinderlärm nichts anfangen können und sich daran nerven. Auch für diese Menschen muss ein bedürfnisgerechtes Wohnangebot vorhanden sein. Wenn die GLP die Textänderung annimmt, müssen wir das Postulat ablehnen. Zu noch mehr gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt können wir nicht Ja sagen, weil das Drittelziel bereits erfüllt ist, wenn auf die richtige Weise gezählt wird. Es kommt nicht zu einer Kostenersparnis, denn die gemeinnützigen Wohnungen sind nicht gratis: Sie kosten den Steuerzahler Geld. Das muss berücksichtigt werden.

Elisabeth Schoch (FDP): Ich danke Walter Angst (AL) für seine Argumentation. Denn er begründet damit das, was wir mit dem von Albert Leiser (FDP) und mir eingereichten Postulat GR Nr. 2018/213 fordern. Es ist in einem anderen Departement angesiedelt und deshalb heute nicht traktandiert. Wir begrüssen die Textänderung selbstverständlich. Wir weisen aber auch darauf hin, dass die Serviceleistungen nicht ausschliesslich aus der Hand der Stadt erfolgen müssen. Es gibt auch andere Anbieter, was der Stadtrat hoffentlich berücksichtigen wird. Wir unterstützen die Textänderung und das Postulat und freuen uns, wenn auch unser diesbezügliches Postulat Unterstützung erhalten wird.

Guy Krayenbühl (GLP): Wir nehmen die Textänderung selbstverständlich an. Wenn die Stadt baut, handelt es sich immer um gemeinnützige Bauten. Daran ändert die Textänderung nichts, weshalb auch die SVP die Textänderung annehmen könnte.

Monika Bättschmann (Grüne): Es ist selbstverständlich nicht falsch, alle möglichen Wohnformen zu prüfen, unabhängig davon, ob sie generationendurchmischt sind oder andere Durchmischungen wie Diversity beinhalten. Wir glauben allerdings nicht, dass viele alte Menschen in generationendurchmischten Wohnräumen, in Senioren- und Seniorinnen-Clusterwohnungen oder Senioren- und Seniorinnenwohngemeinschaften leben wollen. Denn diese Lebensform stellt allen Beteiligten sehr hohe Ansprüche. Eine Voraussetzung ist beispielsweise, dass die alten Menschen bis zum Lebensende fit sein müssten, damit sie in der Lage sind, die Gemeinschaft zu unterstützen. Wenn das nicht mehr möglich sein wird, beispielsweise aufgrund einer Demenzerkrankung oder Pflegebedürftigkeit, müsste die jüngere Gemeinschaft in der Lage sein, die notwendige Unterstützung zu gewährleisten. Das ist eine hohe Anforderung. Der Vorteil wäre aber, dass individuell kombinierte Service- und Pflegeleistungen von allen finanziert werden könnten. Allerdings wird auch das nicht kostenfrei sein. Wir machen darauf aufmerksam, dass eine Koordinations-, Begleit- und Beratungsstelle in solchen Siedlungen notwendig sein wird. Wir stimmen trotzdem dem Postulat zu.

Joe A. Manser (SP): Diesen Vorstoss halte ich für richtig. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir nicht bei null anfangen. Wenn die Stadt in den letzten Jahren gebaut hat, hat sie genau Solches bereits getan. Es gibt eine Reihe von Beispielen. Ein Beispiel ist das vor über dreissig Jahren gebaute Gebäude an der Ecke Limmatstrasse/Fabrikstrasse. Dort gibt es Wohnungen für Reiche, subventionierte Wohnungen, Penthouse-Wohnungen, einen Kindergarten, eine Apotheke, einen Arzt, Alterswohnungen und ein Alterszentrum mit einem Café. Das Gebäude erfüllt genau die Ansprüche an die nun erwünschte Zentrumsform. Es gibt bereits gute Beispiele in der Stadt, auch wenn einige davon bereits in die Jahre gekommen sind. Wir unterstützen den Vorstoss natürlich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Im Prinzip sind wir uns einig. Es braucht mehr Wohnraum für ältere Menschen. Mit der Stiftung für Alterswohnungen arbeiten wir daran, neue Projekte möglichst rasch voranzutreiben. Wir sind uns auch einig, dass die Generationendurchmischung etwas Wichtiges ist und zu einer Stadt gehört, die Diversität lebt. Die Frage ist, in welchem Ausmass das gelebt werden muss. Wenn in einem Haus oder in zwei Blöcken der Stiftung Alterswohnungen «nur» alte Menschen wohnen, stellt das noch kein Problem dar. Pragmatisches Vorgehen ist verlangt. Selbstverständlich werden wir auch in der Stiftung erarbeiten, wie neue Wohnformen ausprobiert werden können. Das geht in die Richtung von Clusterwohnungen und gewissen Wohngemeinschaftsformen, bezüglich welcher sich die Bedürfnisse in der Zukunft und bereits heute sehr unterscheiden. Eine Vielfalt des Angebots ist darum angebracht. Wichtig ist auch der Aspekt der Freiwilligkeit. Selbstverständlich wollen nicht alle alten Menschen im Umfeld von Kindern leben. Es gibt aber sehr viele ältere Menschen, die sehr gerne mit jungen Menschen zusammen sind. Die genannten Wohnformen bieten das an. Ich muss das Finanzdepartement bezüglich der Durchmischung in Schutz nehmen: In den städtischen Liegenschaften ist die ältere Generation im Vergleich zum Querschnitt der gesamten Bevölkerung überdurchschnittlich vertreten.

Corina Gredig (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

879. 2018/299

**Postulat von Susanne Brunner (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 22.08.2018:
Vermeidung von gesundheitlichen Risiken in den Alterszentren und Pflegeeinrichtungen aufgrund hoher Temperaturen während den Sommermonaten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 270/2018):
Im August 2018 war es während mehreren Wochen übermässig heiss. Als ich das Postulat Ende August 2018 einreichte, war die Klimaanlage hier im Saal defekt. Vor dem Rathaus wurde ein mobiler Klimawagen aufgestellt und somit für angenehme Temperaturen für uns gesorgt. Die grosse Hitze über lange Wochen hinweg im Hitzesommer 2018 ertrugen viele Menschen schlecht. Wir schliefen schlecht und in nicht klimatisierten Büros wurde das Arbeiten beinahe unmöglich. Die Menschen aus dem Unterland verbrachten ihre Ferien und Wochenenden in den kühleren Bergen. Uns ging es gut, wenn wir uns an den Wochenenden Erholung in den Bergen verschaffen konnten. Schlechter war hingegen die Situation für die Bewohner der städtischen Alters- und Pflegezentren. Sie können der Hitze nicht ausweichen. Sie sind darauf angewiesen, dass der Hitze in ihrem Zuhause richtig begegnet wird. In unseren Alters- und Pflegezentren sind jedoch keine Klimaanlage eingebaut und auch mobile Klimageräte dürfen nicht eingesetzt werden. Das Personal sah mit an, wie die Bewohner eine schwierige Zeit hatten und litten. Doch effektiv dagegen vorgehen konnten sie nicht. Der Stadtrat bestätigt in seiner Antwort, dass es einen generellen Zusammenhang zwischen der Hitze und der Mortalität von hochaltrigen Menschen gibt, wenn sie an Herz-Kreislauf-, Hirngefäss- oder Atemwegserkrankungen leiden. Grundsätzlich besteht bei alten Menschen das Risiko, dass sich ihr Allgemeinzustand hitzebedingt verschlechtert. Im letzten Sommer litten die alten Menschen in den Alters- und Pflegezentren im Kanton Zürich vermehrt an Schlafstörungen und vereinzelt an Schwäche und Schwindel. Als Folge davon erlitten sie vermehrt Stürze. Das berichten die Bezirksräte, die über die Oberaufsicht der Institutionen verfügen. Das ist aber noch nicht alles. Im Sommer 2018 kam es in unseren Pflegezentren zu 72 Todesfällen. Das sind zwei Drittel mehr als in den vier Vorjahren. In den Alterszentren kam es zu einem Drittel mehr Todesfällen. Eine Studie des Bundesamts für Umwelt über den Sommer 2015 bestätigt, dass zwischen den markanten Temperaturanstiegen während den Sommermonaten und den zusätzlichen Todesfällen ein Zusammenhang besteht. Wegen der Hitze kam es im Jahr 2015 zu rund 800 mehr Todesfällen in der Schweiz. Die Studie zeigt ausserdem, dass ältere Menschen prozentual von einer höheren Sterblichkeit betroffen waren. Die Situation in den Alters- und Pflegezentren untersuchte die Studie zwar nicht. Das war aber nicht notwendig, weil alle Bewohner in unseren Zentren alte Menschen sind und damit zur Risikogruppe gehören. Darum ist es folgerichtig, in solchen Häusern besondere Massnahmen zu ergreifen. Unsere Alters- und Pflegezentren sind nicht auf grosse Hitzesommer vorbereitet. Die Häuser verfügen über keine Klimaanlage und mobile Klimageräte werden praktisch nicht eingesetzt. Darum ist es nicht richtig, Ersatzneubauten im Minergie-Standard zu bauen. Im Winter heizen wir, damit wir mit der Kälte umgehen können. Warum sollten wir also im Sommer nicht kühlen? Der Minergie-Standard verhindert aber, dass Klimaanlage in Gebäuden eingebaut werden. Die SIA-Norm 180 zielt darauf ab, dass Temperaturen in ungekühlten Räumen während maximal 100 Stunden pro Jahr über 26,5 Grad sein sollten. Das entspricht vier Tagen im Jahr. Im letzten Sommer richtete sich das Wetter nicht nach der SIA-Norm. Im Anbetracht des 2000-Watt-Ziels wird nichts gegen die Hitze getan. Der 2000-Watt-Artikel wurde am 30. November 2008 von der Zürcher Stimmbevölkerung angenommen und in die Gemeindeordnung übernommen. Ich kann mir nicht vorstellen,

dass die Stimmbevölkerung an diesem Tag wollte, dass mit dem Leben der alten Menschen gespielt wird, indem sie dem Risiko eines vorzeitigen Hitzetods ausgesetzt werden. Das Abstimmungsergebnis würde in diesem Zusammenhang heute wohl anders aussehen. In Alters- und Pflegezentren muss die Möglichkeit einer Kühlung bestehen – auch als umweltbewusste Gesellschaft. Es zeigt sich, dass das rigorose Regime der 2000-Watt-Gesellschaft nicht lebensfähig ist und an ethische Grenzen stösst. Warum sollten alte Menschen wegen des 2000-Watt-Ziels und dem Klima sterben? Der Stadtrat wies in seiner Antwort zwar aus, dass es im letzten Jahr zu mehr Todesfällen in den Alters- und Pflegeheimen kam, will daraus aber keinen Schluss ziehen. Erst müsse der Zusammenhang zwischen der Anzahl Todesfällen, den Temperaturen und dem Gesundheitszustand beobachtet werden. Das ist nicht zu akzeptieren. Denn das macht die jetzigen Bewohner zu Versuchskaninchen, obwohl wir die Resultate bereits kennen. Es gibt Handlungsbedarf in unseren Alters- und Pflegezentren, mit diesem Postulat erhält der Stadtrat die Aufgabe, tätig zu werden. Folgen keine Taten, bleibt nichts, als den Bewohnern zwei Dinge zu empfehlen: Wer noch gut zu Fuss unterwegs und mobil ist, kann die heissen Nachmittage in den Cobra-Trams, in der Migros oder im Coop verbringen. Die zweite Empfehlung ist, auf Alterszentren ausserhalb der Stadt in Häuser auszuweichen, in denen Klimageräte eingesetzt werden dürfen – in Sinne von Zürcher 2000-Watt-Flüchtlingen.

Markus Kunz (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 5. September 2018 gestellten Textänderungsantrag: Dieser Vorstoss beinhaltet ein Verlogenheitspotenzial. Die Partei, die stolz darauf ist, dass sie Klimaleugnerinnen und Klimaleugner in ihren Reihen hat, beklagt die Folgen der Sommerhitze für einen vulnerablen Teil der Bevölkerung. Wenn die Auswirkungen des Klimawandels sichtbar werden, schlägt die SVP Massnahmen vor, die den Klimawandel fördern. Wir wollen das Postulat aber retten. Nur die Minderheit in den städtischen Heimen wird erwähnt, nicht die Mehrheit, die zuhause lebt. Dort bestehen auch Probleme, so vergessen alte Menschen oft, zu trinken. Sie sind dehydriert und erhalten keine Empfehlungen für Klimaschutzmassnahmen. Einige von diesem Menschen laufen Gefahr, zuhause zu verwaarloosen. In der Stadt gibt es keine systematisch aufsuchende Betreuung, das können wir uns vermutlich auch nicht leisten. Es stimmt, dass alte Menschen unter der Hitze leiden. Darum schlagen wir vor, «in allen Alterszentren und Pflegeeinrichtungen» mit «bei alten Menschen, die in ihrer Privatwohnung oder in Institutionen leben» zu ersetzen. Damit bleibt das Anliegen erhalten und wir sorgen uns um alle, nicht nur um wenige. Als Korrektur will ich noch klarstellen, dass Minergie-Häuser gut isoliert sind. Deshalb kommt es zu wenigen Klimaschwankungen im Inneren; sie haben nicht nur einen Kälte-, sondern auch einen Wärmeschutz. Ohne die Textänderung werden wir dem Postulat nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Corina Ursprung (FDP): Die Schweiz hat einen Hitzesommer hinter sich. Ältere Menschen vertragen diese Hitze nicht gut. Auch unbestritten ist, dass präventive Massnahmen wichtig sind. Klimaanlage stellen aber nicht immer die beste Lösung dar, da sie zu anderen gesundheitlichen Problemen, beispielsweise zur Verbreitung von Viren und Legionellen, führen können. Das Postulat wurde aber breit gehalten: Die Möglichkeiten von Schutzmassnahmen sollen geprüft werden. Die FDP unterstützt eine solche Prüfung und darum das Postulat mit der Textänderung.

Monika Bättschmann (Grüne): Das Anliegen an sich macht Sinn. Bereits heute und seit Langem wird in den städtischen Institutionen darauf geachtet, dass es den Bewohnenden auch während den heissen Tagen, Wochen oder Monaten möglichst gut geht – ohne Klimaanlage. Der Einbau einer Klimaanlage in ein älteres Gebäude ist eine schlechte Massnahme. In der Früh gut lüften, die Rollläden herunterlassen, genügend

Wasser trinken, das Essen anpassen, eisige Waschlappen und Glaces verteilen – das sind Massnahmen, die ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Mitarbeitenden leisten mit diesen Massnahmen gute Arbeit. Mit wirksamen Umweltmassnahmen, die stets von der SVP torpediert werden, müssten wir uns nicht Gedanken zum Verhalten in der heissen Zeit machen. Rund zwanzig Prozent der älteren Menschen leben in Einrichtungen, achtzig Prozent leben in Privatwohnungen. Sollen dort auch Klimaanlage eingebaut werden? Kinder leiden auch sehr unter der Hitze. Wird also bald ein Vorstoss eingereicht, der verlangt, dass in Horten, Kinderkrippen und Schulen Klimaanlage eingebaut werden sollen?

Corina Gredig (GLP): Städtische Gebiete sind von den Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen. Die Bebauungsstruktur, die fehlende Beschattung und fehlende Grünflächen, die Absorption der Sonnenstrahlen sowie die Abwärme von Industrie, Gebäude und Verkehr tragen zum Wärmeinseleffekt bei. Wir begrüssen die grundsätzliche Stossrichtung des Postulats: die Prüfung des Schutzes der Bewohnerinnen und Bewohner in den Alters- und Pflegeheimen. Das gilt auch für den Textänderungsvorschlag der Grünen. Uns ist wichtig, dass geprüft wird, welche Massnahmen zum Wärmeschutz am zielführendsten sind. Auch energiefreundliche Massnahmen sind diesbezüglich vorhanden. Angesichts der Klima-Proteste im ganzen Land sind wir der Meinung, dass die Probleme des Hitzesommers und damit des Klimawandels an der Wurzel gepackt werden sollen. Ich erwarte von den Postulanten, dass sie mithelfen, die Ursachen der Hitzesommer zu bekämpfen. Klimaanlage sind keine Lösung gegen die grosse Hitze.

Dr. David García Nuñez (AL): Hohe Temperaturen beeinflussen unsere Gesundheit; Hitze kann Menschen schwächen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz klassifizierte im technischen Risikobericht aus dem Jahr 2015 die Hitzewelle als eine der grössten Bedrohungen für die Schweiz. Im damaligen Hitzesommer starben rund 800 Personen mehr, als in einem normalen Jahr zu erwarten wäre. Auch im Hitzesommer 2003 verzeichnete die Schweiz eine zusätzliche auf die Hitze zurückführbare Sterblichkeit von 975 Personen. Insbesondere waren Personen betroffen, die über 65 Jahre alt waren. Die Ursache für die Zunahme der wiederkehrenden Hitzewellen ist bekannt. In Anbetracht der aktuellen Situation haben wir das Problem der Klimaerwärmung nicht im Griff. Wir können uns darum hier nicht der Ursachenbekämpfung widmen, sondern müssen uns mit Gegenmassnahmen auseinandersetzen. Sie können reaktiver Natur sein: Im Sommer können weniger Aktivitäten betrieben, viel getrunken, auf den Salzhaushalt geachtet und insbesondere Schatten gesucht werden. Die AL wehrt sich nicht dagegen, dass in Alters- und Pflegezentren einzelne Räume gekühlt werden. Sinnvoller wäre aber, wenn präventive Massnahmen im Sinne des kantonalen Massnahmenplans gegen Hitzewellen zur Anwendung kommen würden. In erster Instanz bedeutet das die Sensibilisierung und die Schulung der Bevölkerung und allen Akteuren im Gesundheitswesen. Der zweite Aspekt ist das Management des Extremereignisses; Hitzewellen sind akute Situationen. Langfristige Anpassungen an die Hitzebelastung sind der dritte Punkt. Verschiedene städtebauliche Massnahmen und Verbesserungen können vollzogen werden. Mit dem Textänderungsantrag der Grünen stimmen wir dem Postulat zu.

Barbara Wiesmann (SP): Ältere Personen sind vom Klimawandel überdurchschnittlich betroffen. Darum ist es wichtig, dass darauf geachtet wird, dass sie nicht zusätzlichen Risiken ausgesetzt werden. Uns ist es ein Anliegen, dass allen alten Menschen in der Stadt eine hohe Lebensqualität garantiert werden kann. Wir müssen Lösungen für den Umgang mit den hohen Temperaturen finden und die Menschen unterstützen, die in den Alters- und Pflegezentren wohnen, aber auch diejenigen, die nicht in diesen Institutionen leben. Der Kampf gegen den Klimawandel und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft sind ebenfalls grosse Anliegen. Für uns kommt es nicht in Frage, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels mit sehr schädlichen Massnahmen bekämpfen. Klimaanlage

stellen darum keine Lösung dar. Es bestehen aber – wie bereits aufgezählt – diverse klimafreundlichere Massnahmen für die Bekämpfung. Obwohl es uns das begründende Votum nicht einfach macht, unterstützen wir das Postulat. Denn es muss dafür gesorgt werden, dass die alten Personen nicht zusätzlichen Risiken ausgesetzt werden.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist schade, dass sich die Altersdebatte bei diesem Postulat zu einer Ökodebatte verlagert. Wir müssen sachlich beim Thema bleiben. Ich erinnere mich, dass im letzten Herbst der Hitzesommer hier ex cathedra als Ausgabelicht des Klimawandels bezeichnet wurde. Ich möchte daran erinnern, dass es bereits in den Jahren 2003, 1983 und 1976 zu Hitzesommern kam. Das sind Ereignisse, die aufgrund von meteorologischen Situationen eintreten können. Es kann nicht alles mit dem Klimawandel begründet werden. Leider kommen hier Werturteile zum Vorschein, die nicht empirisch fundiert sind. Diese atmosphärischen, meteorologischen Ereignisse können sich immer wiederholen. Darum müssen wir uns für die alten Menschen einsetzen. Wenn wir den Zusammenhang zwischen der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Unterlassen des Einbaus von Klimaanlage aufzeigen, wird darauf nur mit polemischen Argumenten reagiert. Die älteren Menschen sind der Hitze besonders ausgeliefert, wenn sie in den Zentren leben. Sie dürfen nicht aus dem Fokus gelassen werden.

Walter Anken (SVP): Als Kind erlebte ich die Polemik um das Thema Waldsterben; der Wald stirbt, es wird zu Murgängen kommen, die Bergdörfer in den Tälern werden zerstört. Diese Beschwörungen trafen alle nicht ein, der Wald erholte sich bereits nach drei Jahren. Der Klimawandel kann darum weder als Argument verwendet, noch kann er von der Schweiz aus beeinflusst werden. Wenn argumentiert wird, dass der Klimawandel nicht mit klimaschädlichen Massnahmen bekämpft werden sollte, heisst das, dass die Argumentierenden weiterhin Tote in Kauf nehmen – alte Menschen, die vorzeitig sterben. Im Hitzesommer 2003 starben nachweislich 1000 Personen frühzeitig. Bei meinen Eltern, die über 80 Jahre alt sind, konnte ich sehen, dass ältere Menschen nicht mehr dasselbe Wärmeempfinden haben. Es darf nicht sein, dass keine Klimaanlage installiert werden sollen, die lediglich wenige Wochen im Jahr eingeschaltet werden. Mit dem Minergie-ECO-Standard werden die Fenster zugeschraubt, was das frühmorgendliche oder spätabendliche Lüften verhindert.

Res Marti (Grüne): Es gibt nicht nur Studien, die den Zusammenhang zwischen der höheren Mortalität und den höheren Temperaturen aufzeigen, sondern auch viele, die den Zusammenhang zwischen dem menschenverursachten CO₂-Anstieg und dem Klimawandel belegen. Mit den letzten zwei Voten wurde gerade die Aussage von Markus Kunz (Grüne) bezüglich den Klimaleugnern belegt. Ich habe das Privileg, in einem Minergie-Haus zu leben. Während des gesamten Sommers herrschten weniger als 25 Grad – dies ohne Kühlung. Minergie bringt diesen Vorteil mit sich. Meine Fenster sind ausserdem nicht zugeschraubt; Lüften ist möglich. Ein Hitzesommer bringt viele Risiken mit sich, auch das Ozon. Studien belegen den Zusammenhang zwischen Ozon und höherer Mortalität. Im Heubeeribüel wurde die Ozongrenze im letzten Sommer während 670 Stunden überschritten. Das führte jedoch zu keinem Aufschrei der SVP.

Susanne Brunner (SVP): Ich bin erstaunt darüber, wie diese ethische Frage mit dem Vorwurf der Verlogenheit gekontert wird. Wir haben kein paternalistisches Staatsverständnis wie die Grünen. Für die Kühlung in den Privatwohnungen sind die Individuen selbst zuständig: Sie können von sich aus eine Klimaanlage installieren. In den städtischen Institutionen muss hingegen die Stadt für das Wohlergehen sorgen. Darum lehne ich die Textänderung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Klimaerwärmung und die zunehmende Hitze sind Probleme für die gesamte Stadt, alte Menschen leiden aber stärker darunter. Die Kühlung der Stadt ist ein grosses Projekt, mit dem wir uns intensiv beschäftigen. Das Votum von Monika Bättschmann (Grüne) freute mich sehr. Als ehemalige Leiterin eines Alterszentrums zeigte sie die Massnahmen auf, die heute getätigt werden. Das muss zur Kenntnis genommen werden. Alte Menschen, die in Heimen leben, werden bei Hitze sehr gut betreut: Fachleute sind vor Ort und unterstützen. Die Klimaanlage sind nicht nur ein energetisches Thema: Medizinische Fachspezialisten befürworten den Einsatz von Klimaanlagen nicht. In unseren Alters- und Pflegezentren werden die Menschen speziell betreut, wenn es besonders heiss ist. Darum müssen wir uns fragen, wie es für die Menschen aussieht, gerade wenn sie in älteren Liegenschaften leben. Sie sind auf Unterstützung angewiesen. Bis im Sommer dieses Jahrs werden wir darum entsprechende Empfehlungen abgeben. Die Probleme bestehen in erster Linie in alten Liegenschaften. Auch dort überprüfen wir, wie kurzfristig bauliche Massnahmen in die Wege geleitet werden können.*

Susanne Brunner (SVP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 89 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

880. 2018/384

Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:
Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Monika Bättschmann (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 445/2018): *Die meisten Fragen, die das Alter in der Stadt betreffen, sind komplex und departementsübergreifend angelegt. Eine Stelle für Altersfragen, wie sie in unzähligen Gemeinden erfolgreich geführt wird, fehlt in Zürich. Wir verweisen auf Fachstellen in der Stadt, die bereits zu anderen Themen bestehen: Energie, Datenschutz, Velo und Sicherheit. Eine Fachstelle zum Thema Alter eignet sich, um Querschnittsfunktionen wahrzunehmen und ihnen gerecht zu werden. Nach unserer Ansicht würden im Stellenprofil Schnittstellen im Zusammenhang mit der Stadt- und Quartierentwicklung, der Mobilität, dem Wohnen im Alter, der Pflege und Betreuung, der Unterstützung und Entlastung, der Gesundheit sowie dem Engagement von Freiwilligen beobachtet und gesteuert werden. Ein weiterer Vorteil der Fachstelle wäre, dass sie den viel aufgeführten Wunsch nach einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben zuhause unterstützen würde.*

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag: *Wir lehnen eine zusätzliche Fachstelle in der Verwaltung ab. Es muss selbstverständlich sein, dass die Abteilungen in der Stadtverwaltung zusammenarbeiten, wenn sie zusammen ein Problem lösen müssen. Dafür wird keine neue Fachstelle benötigt. Denn eine solche bedeutet ein unnötiges Bürokratiewachstum, was wir nicht befürworten können. Ausserdem darf das vom Rat überwiesene und im Stadtrat hängige Postulat der AL nicht vergessen werden,*

das eine Verwaltungsreorganisation fordert. Zu viele Fachstellen und Schnittstellen bestehen und zu viele Koordinationssitzungen zwischen den Departementen und Dienstabteilungen finden statt. Das vorliegende Postulat geht in die falsche Richtung.

Weitere Wortmeldungen:

Guy Krayenbühl (GLP): *Das Postulat führte in unserer Fraktion zu einer sehr langen Diskussion. Diverse Departemente sind von den Altersfragen betroffen. Eine beobachtende und steuernde Fachstelle schätzen wir darum als nicht schlecht ein. Wir wollen das Postulat nicht ablehnen. Wir sind der Meinung, dass bereits angestelltes Personal fähig ist, eine solche Fachstelle zu besetzen. Unser Textänderungsvorschlag ergänzt darum, dass zu prüfen ist, wie eine Fachstelle «ohne Stellenausbau» geschaffen werden kann. Mit der Textänderung stimmen wir dem Postulat zu, ohne die Textänderung lehnen wir es ab.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir sahen eine Textänderung vor, die in eine ähnliche Richtung wie die der GLP ging. Da uns signalisiert wurde, dass diese nicht angenommen wird, zogen wir sie zurück. Wir stehen der Schaffung einer neuen Stelle kritisch gegenüber. Wenn beispielsweise Bauprojekte eingereicht werden, sitzen bereits viele Stellen am Tisch. Mit diesem Postulat würde nun eine zusätzliche Stelle besetzt. Ich halte es für einen guten Vorschlag, dass im Rahmen der Altersstrategie geprüft werden sollte, wie auf die Interessen der älteren Bevölkerung eingegangen werden kann. In Kombination mit dem Umwelt- und Gesundheitsschutz kann es sogar zu einer Bündelung der Ressourcen kommen. Das vorliegende Postulat lehnen wir ab, mit der Textänderung der GLP stimmen wir ihm aber zu. Wir sehen die Notwendigkeit, dass die ältere Bevölkerung bei neuen Projekten berücksichtigt werden muss. Probleme können aber nicht gelöst werden, indem immer mehr Stellen geschaffen werden, denn zusätzliches Personal generiert neue Probleme. Darum befürworten wir eine möglichst kostenneutrale Lösung.*

Dr. David García Nuñez (AL): *Der Leitfaden «Global Age-friendly Cities» der Weltgesundheitsorganisation nennt acht Bereiche, die jede Alterspolitik umfassen sollte: Verkehr; Aussenräume und Gebäude; soziale und Gesundheitsdienste; Information und Kommunikation; zivile Teilnahme und Beruf; soziale Inklusion; soziale Partizipation und Wohnen. Um die Menschen in den acht Bereichen koordinieren zu können, ist eine Stelle notwendig. Die Aufzählung zeigt ausserdem auf, dass der Zürcher GUD-Ansatz zu kurz greift. Alter ist eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung. Wir verstehen die Fetischisierung auf die Kostenneutralität nicht und bleiben beim ursprünglichen Text.*

Marion Schmid (SP): *Wenn die neue Altersstrategie dazu dienen soll, Zürich zu einer altersfreundlichen Stadt im ganzheitlichen Sinn weiterzuentwickeln, dann sind wir auf mehr Koordination, Engagement und zusätzliche Anstrengungen angewiesen. Darum ist eine Fachstelle wichtig, die die Querschnittsfunktion sicherstellt. Eine zusätzliche Investition ist zumindest am Anfang notwendig. Eine langfristig stellenneutrale Umsetzung begrüssen wir. An diese Bedingung wollen wir die Stelle aber nicht koppeln und lehnen darum die Textänderung ab.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Intention des Vorstosses ist sicher positiv gemeint. Er führt aber zu einer Bürokratisierung und zu zusätzlichen Stellen. Diese Stellen sollen dann von sogenannten Experten besetzt werden. Diese werden ihre Expertenmacht, der ich schon immer kritisch gegenüberstand, ausnutzen. Die Gelbwestenbewegungen in Frankreich und Deutschland zeigen, wie die Experten mit ihren Einflüsterungen Probleme schaffen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *In der Stadt bestehen bereits sehr viele Stellen, die sich um gewisse Altersfragen und -themen kümmern. Die Kunst wird sein, im Rahmen der Altersstrategie das Ganze zu bündeln, damit die Zusammenarbeit effizienter funktionieren kann und dass auch nach aussen verdeutlicht werden kann, wo die zentrale Anlaufstelle zu finden ist. Wir sind darum gerne bereit, das zu überprüfen. In erster Linie geht es nicht um die Schaffung neuer Stellen, sondern darum, wie die verschiedenen Fachkräfte, die sich bereits Altersfragen an verschiedenen Orten und in verschiedenen Departementen widmen, gebündelt werden können.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

881. 2018/387

Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:

Schaffung eines Lehrstellenverbunds im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 448/2018): *In der Politik sind wir uns seit Jahren des Themas Fachkräftemangel bewusst. Das Postulat zielt darauf ab, erstens die Ausbildung in pflegerischen Berufen attraktiver zu machen und zweitens die Qualität der Ausbildung zu erhöhen. Wer heute in der Stadt eine Lehre als Fachfrau oder Fachmann Gesundheit beginnt, muss sich entweder für eine Pflege- und Langzeitinstitution entscheiden oder aber für eines der zwei städtischen Akutspitäler. Der Entscheid hat einen starken Einfluss auf die berufliche Zukunft. Auch wenn es sich um denselben Berufstitel oder Beruf handelt, sind es ein anderes Umfeld und andere Erfahrungen. In Alters- und Pflegezentren beispielsweise kommt man nicht stark mit dem Thema der Medizinaltechnik in Berührung, während man in einem Akutspital weniger in Berührung mit den Themen Demenz oder Hochaltrigkeit kommt. Darum schlagen wir die Schaffung eines Lehrstellenverbunds vor, der den Auszubildenden ermöglicht, einen Teil ihrer Ausbildung in einer anderen Einrichtung zu absolvieren. Wer die Ausbildung beispielsweise in einem Pflegezentrum beginnt, erhält die Möglichkeit, einige Zeit in einem Akutspital zu arbeiten, um damit andere Bereiche zu erlernen. Das verbessert die Qualität der Ausbildung. Die dadurch entstehende Win-win-Situation bedeutet, dass Fachkräfte besser ausgebildet werden und dass die Stadt als Ausbildungsbetrieb attraktiver wird.*

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag: *Es gibt genügend Menschen, die unterstützend mitwirken können. Dafür ist kein Lehrstellenverbund notwendig. Zudem regeln entsprechende Lehrpläne solche Aspekte. Es ist gut, wenn die Lernenden einen Einblick in die verschiedenen Medizinbereiche erhalten. Grundsätzlich besteht aber die Gefahr, dass Lernende durch einen Lehrstellenverbund fachlich überfordert werden. Die Forderung der Postulanten ist uns zu stark gefächert. Wir sind der Überzeugung, dass Spezialisten, nicht Generalisten, erforderlich sind.*

Weitere Wortmeldungen:

Corina Ursprung (FDP): Ich kann mir gut vorstellen, dass sehr unterschiedliche Anforderungen in einer Institution für Langzeitpflege und in einem Akutspital bestehen. Wer seine Ausbildung in der Langzeitpflege absolviert, kann einiges zusätzlich in einem Akutspital lernen – und umgekehrt. Das ist eine Bereicherung für die Ausbildung und für die jungen Menschen interessant. Darum unterstützen wir das Postulat.

Marcel Savarioud (SP): Ausbildungsverbunde sind nicht einfach umzusetzen; hier ist aber einiges herauszuholen. Der Pflegebereich leidet an einem Fachkräftemangel. Wir sind an einer Lösung interessiert, da sonst sehr hohe Kosten entstehen. Spitäler und nun auch Alters- und Pflegezentren unterliegen dem Bonus-Malus-System. Wenn wir nicht genügend Menschen ausbilden, müssen wir dem Kanton Geld abgeben. Darunter leiden nicht nur die Altersheime, die Pflegezentren und die Spitäler, sondern auch die Spitex. Im Postulat wird keine Beschränkung auf die Stadtverwaltung verlangt. Es ist darum durchaus möglich, dass mit den gemeinnützigen Altersinstitutionen zusammengearbeitet werden kann. Wir unterstützen das Postulat vollumgänglich.

Isabel Garcia (GLP): Die geforderte Win-win-Situation gefällt der GLP sehr, weshalb wir uns als Mitunterzeichnerin sehr gerne einbrachten. Für die Betriebe bietet die Verbund-Lösung die Möglichkeit, sich als attraktiver Ausbildungsbetrieb zu profilieren. In Bezug auf den vorhandenen Fachkräftemangel kann man sich erst als Ausbildungsbetrieb und dann als normaler Betrieb den notwendigen Fachkräftenachwuchs sichern. Aus Sicht der Auszubildenden ist es wichtig, dass die fachliche Kompetenz und das Spektrum der Tätigkeiten durch eine Verbund-Lösung gefördert werden. Mit der Ausbildung ist man schliesslich zufriedener, wenn verschiedene Aspekte kennengelernt werden können. Motivation und Erfolg bekommen somit höhere Chancen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Wir begrüssen die Richtung des Postulats. Für mich als Arzt ist es immer wieder erstaunlich, dass es für die Berufsgattung der Pflegenden viel Nachholbedarf gibt, obwohl sie in vielen Bereichen der Ärzteschaft im Vorteil ist und im Bezug zum Korporativistischen viele Fortschritte machte. Bei den Ärzten funktionieren solche Verbunde sehr gut. Eine Zusammenarbeit ist vorteilhaft, auch wenn sie mit privaten Institutionen erfolgt. Zu einem Missbrauch kann es nicht kommen, da anhand des Pflegeschlüssels Bewegungen eruiert und somit eventueller Missbrauch frühzeitig verhindert werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Grundsätzlich handelt es sich um ein sehr sympathisches Postulat, das wir dementsprechend gerne entgegennehmen. Die Ausbildung belegt einen wichtigen Stellenwert in der Stadt und insbesondere im GUD. Es bildet 55 Prozent aller Lernenden in der Stadtverwaltung aus. Von den Fachangestellten Gesundheit und den Gesundheitslehrausbildungen arbeitet beinahe ein Viertel des Kantons für uns. Dementsprechend erfüllen wir die kantonalen Vorgaben, dass Lernende ausgebildet werden müssen. Das erachten wir als wichtig. Für viele junge Menschen, die sich früh für eine Richtung entscheiden müssen, ist der Akutbereich spannender. Viele wechseln danach aber in die Langzeitpflege. Wenn es bereits in der Ausbildung möglich ist, beides kennenzulernen, ist das eine zusätzliche Attraktivität, die wir als Stadt anbieten können.

Das Postulat wird mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

882. 2018/388

Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:

Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 449/2018): Ein Stellenpool bei den städtischen Langzeit- und Pflegeinstitutionen erlaubt, kurzfristige und unvorhersehbare Schwankungen im Personalbereich aufzufangen. Wenn Personal ausbleibt, kann für die Bewohnenden der Institutionen weiterhin hochstehende pflegerische Qualität und Betreuung gewährleistet werden. Ein Stellenpool in der Stadtverwaltung ist nichts Neues. Bei den Horden besteht ein solcher bereits. Die Umsetzung eines Stellenpools ist nicht einfach. Über längere Zeit hinweg wird es sich aber um ein kostengünstiges Instrument handeln, mit dem auf Absenzen und Abwesenheiten reagiert werden kann. Bisher musste die Stadt bei solchen Absenzen meistens auf teure Temporärkräfte zurückgreifen. Dass damit auch für die Personalvermittlung bezahlt werden muss, soll in Zukunft mit dem eigenen Stellenpool an Pflegefachkräften verhindert werden.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Trotz der Schaffung eines solchen Pools und zusätzlichen Arbeitskräften werden nicht zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Wir sind der Meinung, dass das die Alters- und Pflegezentren untereinander regeln müssten. Dies kann durch eine verbesserte Zusammenarbeit der städtischen Institutionen erfolgen. Das Personal kann so besser verteilt werden und bei Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis zusätzliche Arbeit leisten. Dafür ist kein zusätzliches Personal in Form eines Stellenpools notwendig. Wir fragen uns ausserdem, ob es sich um Arbeit auf Abruf handelt und ob darum zwischenzeitlich keine Arbeit zur Verfügung steht. Zusätzlich wechselt der Arbeitsort ständig. Besonders in der Pflege ist die Rekrutierung nicht leicht. Das macht das Finden von entsprechendem Personal schwieriger. Wird das Postulat angenommen, besteht die Gefahr, dass beispielsweise fehlendes Personal in Folge von Krankheiten ersetzt werden müsste. Die Quintessenz ist, dass einspringendes Personal an einem anderen Ort fehlt, wo es wiederum ersetzt werden muss. Ein dauernder Wechsel ist weder zielführend noch förderlich. Es ist viel besser, temporäres Personal einzusetzen, das motiviert, geschult und flexibel ist. Zudem verfügt dieses über einen grösseren Einsatzraum und mehr Perspektiven. Das ist allenfalls teurer, dafür aber besser als ein dauerndes Einspringen in anderen Bereichen.

Weitere Wortmeldungen:

Marcel Savarioud (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Personalfluktuationsrate ist in der Alterspflege und den Spitälern relativ hoch. Fehlendes Personal führt vielfach dazu, dass es wegen kurzen Kündigungsfristen zu Lücken kommt. Krankheitsausfälle sind konstant hoch. In gewissen Situationen kann weder ein Stellenpool noch ein Temporärbüro helfen. Im Postulat geht es darum, die Temporärbüros durch einen Stellenpool zu ersetzen. Unser Textänderungsantrag hat den Sinn, auf die Ursache der Fluktu-

ation einzugehen. Nur so können Probleme nachhaltig und am Ende auch kostengünstiger gelöst werden. Mit der Annahme der Textänderung unterstützen wir das Postulat.

Corina Ursprung (FDP): Die FDP unterstützt das Postulat. Wir sind erstaunt, dass ein solcher Stellenpool nicht bereits entstanden ist. Bezüglich der Bedenken, wie dieser zu füllen ist, wieviel Personal benötigt oder wie der Pool aufgebaut wird: Bis jetzt wurden temporäre Arbeitskräfte rekrutiert und damit Erfahrungen gesammelt, auf die man sich anfangs ausrichten kann. Ausserdem gibt es Menschen, die gerne abwechselnd an verschiedenen Orten arbeiten. Darum unterstützen wir das Postulat.

Guy Krayenbühl (GLP): Unser Problem ist, dass noch zu wenige Zahlen vorliegen. Das zeigt sich auch in der Textänderung der SP. Es ist nicht bekannt, dass im GUD oder bei den Pflege- und Alterszentren enorme Kosten wegen des Einsatzes von temporären Mitarbeitern anfallen. Die Pflege eines solchen Pools ist intensiv. Regelmässig müssen Abklärungen bezüglich der Einsatzbereitschaft erfolgen. Vor diesem Hintergrund und weil nicht ausgewiesen ist, wie viele Temporäreinsätze stattfinden, lehnen wir das Postulat ab. Wir sind überzeugt, dass die Stadt auch im Bereich der Pflege ein sehr guter Arbeitgeber ist – daran sollte festgehalten werden.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Wir unterstützen das Postulat und den Textänderungsantrag der SP-Fraktion. Die Stossrichtung des Postulats ist richtig. Ein solches Instrument kann aber sehr schnell komplex für das Management und vor allem auch kann es zum Instrument werden, um allfällige Stellen zu reduzieren. Darum sind wir sehr froh, wenn ein begleitender Bericht erstellt wird, der uns die Risiken und Chancen aufzeigt.

Marcel Bührig (Grüne): Die SVP wünscht sich, dass es zu mehr Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Zentren und Institutionen kommt. In kritischen Situationen geschieht das bereits heute. Dem wollen wir eine institutionalisiertere Form und eine Struktur geben, damit der Austausch von Personal vereinfacht wird. Es ist nicht immer möglich, Absenzen, Abwesenheiten und Krankheitsausfälle mit Mehrarbeit aufzufangen. Es darf auch nicht das Ziel der Stadt sein, die Mitarbeitenden nacheinander ins Burnout zu treiben, indem sie durch Mehrarbeit das Fehlen der Kolleginnen und Kollegen auffangen müssen. Darum nehmen wir die Textänderung der SP an. Es geht nicht nur darum, Lösungen oder mögliche Lösungen zu präsentieren. Es sollte auch ermittelt werden, woher das Problem stammt, warum die Abwesenheitsquote bei den pflegerischen Berufen so hoch ist. Mit der im Textänderungsvorschlag verlangten Ursachenforschung können die Probleme teilweise direkter angegangen werden. Nicht alle Menschen arbeiten gerne in einem Stellenpool. Wir werden aber niemanden dazu zwingen, Mitarbeitende werden explizit rekrutiert. Bei den Horden hat sich dieses Instrument bewährt. Der Stellenpool ist zielführend und kann in kritischen Situationen, bei Abwesenheiten und Absenzen auffangen und damit die Pflege und Betreuung aufrechterhalten.

Corina Ursprung (FDP): Die Textänderung überrascht uns. Wir sind der Meinung, dass ein solcher Bericht nicht notwendig ist, wenn sich das System bei den Horden bereits bewährte. Wir sind zwar hin- und hergerissen, unterstützen das Postulat aber auch mit der Textänderung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: In den Alters- und Pflegezentren muss aufgrund von Krankheitsausfällen und anderen kurzfristigen Ausfällen immer wieder kurzfristig Personal gesucht werden. Bereits existiert ein inoffizieller Pool von Mitarbeitenden, die sich melden und regelmässig aushelfen, was unbürokratisch gehandhabt wird. In den Pflegezentren kam

es im Jahr 2018 zu 440 Einsätzen durch Temporärkräfte. Die meisten Einsätze waren sehr kurz. In den Alterszentren waren es lediglich 92 Einsätze. Ich bin mir darum nicht sicher, ob ein solcher Pool kostengünstiger ausfallen wird. Wir sind aber gerne bereit, das zu überprüfen. Es muss berücksichtigt werden, dass viele Temporärmitarbeitende durch ein Vermittlungsbüro Arbeit finden wollen, weil sie so zu einem von ihnen bestimmten Zeitpunkt irgendwo arbeiten wollen. Wer sowieso bei uns aushelfen will, haben wir bereits registriert.

Marcel Bührig (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Gesundheits- und Umweltdepartement für die Dienstabteilungen Alterszentren (ASZ) und Pflegezentren Zürich (PZZ) ein Stellenpool mit Pflegefachkräften, d.h. diplomierten Pflegefachpersonen HF, Fachpersonen Gesundheit (FaGe) und Fachpersonen Betreuung (FaBe), aufgebaut werden kann. Zudem ist dem Gemeinderat ein Bericht über die Hintergründe und Ursachen dieser Situation vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die personelle Situation in der Pflege darstellt (Abwesenheitsquoten, Fluktuation im Vergleich), wo und warum befristeter Ersatz nötig wird und nach welchen Kriterien er gewährt wird.

Das geänderte Postulat wird mit 86 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

883. 2019/51 **Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 30.01.2019: Verankerung des Konzepts «Diversität» in der städtischen Altersstrategie**

Von der Grüne- und AL-Fraktion ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen der angekündigten Überprüfung der städtischen Alterspolitik das Konzept „Diversität“ in der Altersstrategie zu integrieren. Insbesondere soll er dafür garantieren, dass die Perspektive von (nationalen, Geschlechter- und sexuellen, etc.) Minderheiten und von Personen mit einer körperlichen, psychischen und/oder geistigen Behinderung bei der Situations- und Umfeldanalyse Eingang findet, so dass er entsprechende explizite strategische Handlungsfelder definieren kann.

Begründung:

Ende Oktober hat der Stadtrat mitgeteilt, dass er die städtische Alterspolitik überprüfen und folglich eine neue Altersstrategie mit künftigen Handlungsfeldern definieren möchte. Hierbei will er den Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen, da er davon ausgeht, dass „das Alter viele Gesichter hat“, welche in der Zukunft „noch vielseitiger werden“. Implizit wird damit suggeriert, dass im Gegensatz zur aktuellen Altersstrategie, welche die Vielfalt innerhalb modernen (alternden) Gesellschaften nur am Rand tangiert, die neue städtische alterspolitische Stossrichtung auf die Bevölkerungsdiversität Rücksicht nehmen wird.

Wie die Antwort des Stadtrats auf eine schriftliche Anfrage betreffend Betreuungsangebote für Personengruppen mit individuellen Lebensformen im Alter (GR 2018/346) zeigt, reicht die implizite Thematisierung von Diversität allerdings nicht. Denn obwohl der Stadtrat sich gegen jede Art von Diskriminierung bekennt, zeigen die Antworten, dass diese Maxime aktuell in den Alters- und Pflegezentren teils aus Unwissen (z. B. Verwechslung von Begrifflichkeiten), teils aus strukturellen Gründen (z. B. Unterrepräsentanz von Menschen

mit Suchterkrankungen) und teils aus Mangel an kohärenten Strategien (z. B. Eröffnung und Schliessung der mediterranen Abteilung) trotz manchen Bemühungen noch nicht durchwegs gelebt wird.

In diesem Sinne bedarf es, dass der Stadtrat die Antidiskriminierungsoptik in seinen alterspolitischen Analysen explizit einfließen lässt, damit die verschiedenen Dienstabteilungen kurz-, mittel- und langfristige integrative Haltungen und Handlungsfelder entwickeln können, welche der Einbezug der verschiedenen Minderheiten Realität werden lässt.

Mitteilung an den Stadtrat

884. 2019/52

Postulat von Alexander Brunner (FDP), Pablo Bünger (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 30.01.2019:

Systematische Erfassung der Entwicklungen im Sexgewerbe, die durch die Digitalisierung ausgelöst werden sowie Bericht über die künftige Anpassung der Strategie des Sozialdepartements

Von Alexander Brunner (FDP), Pablo Bünger (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie neuere Entwicklungen im Sexgewerbe, ausgelöst durch die Digitalisierung, quantitativ wie auch qualitativ systematisch erfasst werden können. Zudem wird der Stadtrat gebeten, einen Bericht zu verfassen, welcher als Grundlage für eine zukünftige Anpassung der Strategie des Sozialdepartement dient.

Begründung:

Die Digitalisierung erfasst zunehmend auch das Sexgewerbe wie die Prostitution. Anbahnungen erfolgen vermehrt über das Internet und es treten neue Phänomene wie Pop-Up-Massagesalons oder die Vermittlung von Sex- wie Escortedienstleistungen auf einschlägigen Internetportalen auf. Diese neuen Angebote werden massgeblich durch das Internet ermöglicht. Diese neuen Entwicklungen wie deren Auswirkungen werden heute weder quantitativ noch qualitativ genügend erfasst. Dies gilt es zu ändern.

Mitteilung an den Stadtrat

885. 2019/53

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Christina Schiller (AL) vom 30.01.2019:

Aufbau eines Angebots für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden im Ambulatorium Kanonengasse

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Christina Schiller (AL) ist am 30. Januar 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der stadtärztliche Dienst im Ambulatorium Kanonengasse ein niederschwelliges, spezifisches Angebot für die psychiatrisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung von Sexarbeitenden aufbauen und betreiben kann. Das Angebot soll die spezifische mobile Situation von Sexarbeitenden berücksichtigen und neben klassischen Beratung- und Behandlungsformen auch digitale Therapiemöglichkeiten beinhalten.

Begründung:

Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung sind Sexarbeitende häufiger von körperlichen und psychischen Gesundheitsproblemen betroffen. Im somatischen Bereich stellen sexuell übertragbare Infektionen für 80% der Sexarbeitenden ein Problem dar. Unerwünschte Schwangerschaften betreffen rund 15% der Sexarbeiter_innen. Studien gehen ausserdem davon aus, dass ca. 50% der Sexarbeitenden unter einer unbehandelten psychischen Störung leiden, bei 60% liegt eine Abhängigkeitsproblematik (Alkohol, i.v. Drogenkonsum) vor. Gemäss Angaben des Stadtarztes verfügt der stadtärztliche Dienst aktuell über eine spezifische Infrastruktur (Ambulatorium Kanonengasse), in deren Rahmen die somatischen Probleme von Sexarbeitenden spezifisch abgeklärt und behandelt werden können. Ein entsprechendes Angebot, im welchem die psychischen

Probleme dieser Bevölkerungsgruppe angegangen werden könnten, existiert allerdings nicht. Ebenso verfügen die kantonalen Institutionen nicht über die spezifische (sexual-)therapeutische Expertise. Die letzte entsprechende Spezialsprechstunde (Spezialsprechstunde für Sexualmedizin) wurde am Universitätsspital Zürich im 2015 geschlossen.

In Anbetracht der prekären psychischen Gesundheitssituation der Gruppe der Sexarbeitenden gilt es diese Versorgungslücke unverzüglich zu schliessen. In Zusammenarbeit mit jenen stadtärztlichen, welche Sexarbeitende bereits heute somatisch betreuen, und in Kooperation mit den Stadtspitälern soll ein niederschwelliges Angebot kreiert werden, welche auf die spezifischen psychischen Problemen von Sexarbeitenden unter Berücksichtigung der dargestellten Gewalt- und Stigmatisierungsproblemen eingehen kann. In Anbetracht des hohen Mobilitätsgrads der Sexarbeitenden (siehe PGVO-Bericht) soll dieses neue Angebot nicht nur klassische Beratungs- und Behandlungsformen sondern auch digitale Therapiemöglichkeiten (z. B. via Skype) anbieten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

886. 2019/54

Schriftliche Anfrage von Felix Stocker (SP) und Simone Brander (SP) vom 30.01.2019:

Einsprache des Stadtrats im seilbahnrechtlichen Konzessions- und Plangenehmigungsverfahren zur Dreiseilumlaufbahn Mythenquai-Zürichhorn, Gründe für die Einsprache und deren Inhalt sowie Voraussetzungen für eine Veröffentlichung der Einsprache

Von Felix Stocker (SP) und Simone Brander (SP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat hat im Namen der Stadt Zürich beim Bundesamt für Verkehr BAV Einsprache im seilbahnrechtlichen Konzessions- und Plangenehmigungsverfahren zur Dreiseilumlaufbahn Mythenquai – Zürichhorn («ZüriBahn») erhoben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen hat der Stadtrat Einsprache gegen die Seilbahn-Konzession erhoben?
2. Was ist der Inhalt dieser Einsprache? (Bitte um eine weitestmöglich ungekürzte Wiedergabe und/oder Beilage der Einsprache).
3. Welche Punkte seiner Einsprache sind für den Stadtrat besonders zentral?
4. Die Interessengemeinschaft Pro Badi Mythenquai hat dem Stadtrat eine Petition gegen das Projekt mit über 2000 Unterschriften übergeben. Mit welchen Punkten seiner Einsprache setzt sich der Stadtrat für die darin geäusserten Bedürfnisse der Quartier- und Stadtbevölkerung ein?
5. Mit welchen Punkten der Einsprache berücksichtigt der Stadtrat das Bedürfnis der Bevölkerung nach den gemäss Plangenehmigungsverfahren einzuschränkenden Erholungsangeboten Seebad Mythenquai und Blatterwiese?
6. Mit welchen Punkten der Einsprache berücksichtigt der Stadtrat die umweltgefährdenden Aspekte des Projekts – namentlich die baulichen Eingriffe in die Uferschutzzone, das Fällen von Sandbirken, die Gefährdung der schützenswerten Bäume und den Landschaftsschutz?
7. Warum werden Einsprachen der Stadt Zürich nicht gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip von 2012 veröffentlicht?
8. Welche konkreten Gründe liegen im vorliegenden Fall vor, die gegen eine Veröffentlichung der Einsprache sprechen?

Mitteilung an den Stadtrat

887. 2019/55

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Përparim Avdili (FDP) vom 30.01.2019:

Entwicklungen im Bereich der Einbürgerungsgesuche, Zahlen zu den Einbürgerungsgesuchen, den Bearbeitungsfristen, den abgelehnten Gesuchen und zu den Rekursen gegen die Ablehnungsentscheide

Von Isabel Garcia (GLP) und Përparim Avdili (FDP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Anfang 2018 traten verschiedene Änderungen im Bereich des Bürgerrechts in Kraft, die insbesondere die Sprachkenntnisse, den Grad der Integration sowie die Wohnsitzfristen und den vorausgesetzten Aufenthaltstitel betreffen. Eine Transparenz der Zahlen rund um das Thema Einbürgerungen liegt im öffentlichen Interesse.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Einbürgerungsgesuche wurden in den Jahren 2009 bis 2018 eingereicht? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
2. Wie lange dauerte durchschnittlich eine Einbürgerung von der Einreichung des Gesuchs bis zur Erteilung des Bürgerrechts? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
3. Wie viele der eingegangenen Gesuche wurden vom Stadtrat abgelehnt, aus welchen Gründen erfolgte diese Ablehnung und welche Altersgruppen waren besonders von einer Ablehnung betroffen? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
4. Bei wie vielen der abgelehnten Einbürgerungsgesuchen wurde im Anschluss von den Gesuchstellenden ein Rekurs eingereicht und wie wurden diese Rekurse jeweils entschieden? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
5. Wie viele der eingegangenen Gesuche wurden im Verlauf des Einbürgerungsprozesses von den Gesuchstellenden zurückgezogen und aus welchen Gründen erfolgte dieser Rückzug? (Bitte um tabellarische Übersicht pro Jahr.)
6. Legt der Stadtrat beim Vorliegen von aussichtslosen Einbürgerungsgesuchen den Gesuchstellenden jeweils nahe, dieses zurückzuziehen? Wenn ja, wie viele Gesuche waren 2009 bis und mit 2018 betroffen?

Mitteilung an den Stadtrat

888. 2019/56

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) vom 30.01.2019:

Angebot an Behindertenparkplätzen, Zahlen zu den aufgehobenen und neu geschaffenen ober- und unterirdischen Parkplätzen sowie Strategie und Möglichkeiten zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebots

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) ist am 30. Januar 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Beim Bahnhof Stadelhofen wurden in kurzer Zeit oberirdisch mindestens drei Behindertenparkplätze aufgehoben. In der Tiefgarage wurden zwar neue Parkplätze vorgesehen, jedoch bedeutet das für die Menschen mit einer Gehbehinderung einen grossen Qualitätsabbau.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Kenntnis von dem Parkplatzabbau, z.B. auf dem SBB-Areal Stadelhofen? Wie stellt die Stadt sicher, dass genügend private und öffentliche Behinderteparkplätze oberirdisch zur Verfügung stehen?
2. Wie viele oberirdische Behindertenparkplätze wurden in den letzten 5 Jahren aufgehoben? Bitte um Aufstellung nach Stadtkreis und wenn möglich nach privaten (auf Privatgrundstück) und öffentlichen (auf städtischem Boden).

3. Wie viele Behindertenparkplätze wurden während der letzten 5 Jahre oberirdisch und unterirdisch geschaffen? Bitte um Aufstellung pro Stadtkreis und Unterscheidung nach ober- oder unterirdisch.
4. Welche grundsätzliche Strategie verfolgt der Stadtrat in Bezug auf Behindertenparkplätze Parkplätze in den nächsten 5 - 10 Jahren? Sind diese Plätze vom Parkplatzabbau ebenfalls betroffen?
5. Falls der Stadtrat plant, Behindertenparkplätze abzubauen oder vermehrt unterirdisch zu planen, wie stellt sich der Stadtrat zu den Bedürfnissen der Menschen mit einer Behinderung? Resp. sieht der Stadtrat kein Problem darin, dass die betroffenen Personen zunehmend weitere Wege in Kauf nehmen müssen und allenfalls sogar in der Bewegungsfreiheit wieder eingeschränkt werden?
6. Falls der Stadtrat beabsichtigt, die Anzahl Behindertenparkplätze zu erhöhen: wie bemisst er den Mehrbedarf und welchen Mehrbedarf sieht er in den nächsten 5 Jahren?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 6. Februar 2019, 17 Uhr.